

Dokument 7 von 14

Aktuelles Recht zum Dienstverhältnis

ARD 5893/9/2008

Heft 5893 v. **09.09.2008**

Lohnsteuer und Abgaben

Kommunalsteuer für Provisionszahlungen an **Gesellschafter-Geschäftsführer**

§ 22 Z 2 EStG, § 2 lit a KommStG - Auch **Provisionszahlungen**, die den wesentlich beteiligten **Gesellschafter-Geschäftsführern** - zusätzlich zu den Geschäftsführungsvergütungen - für die Vermittlung von Versicherungsverträgen und Finanzprodukten ausbezahlt werden, sind der **Kommunalsteuer** zu unterwerfen, wenn das Merkmal der Eingliederung der Geschäftsführer in den betrieblichen Organismus zweifelsfrei gegeben ist.

VwGH 19. 3. 2008, 2008/15/0083

Sachverhalt: Der Unternehmensgegenstand der **beschwerdeführenden GmbH** liegt vornehmlich in der **Vermittlung** von **Versicherungsverträgen** und in der Beratung in Versicherungsangelegenheiten.

Die den zu je **50 %** an der beschwerdeführenden Gesellschaft **beteiligten Geschäftsführern** gewährten Geschäftsführerbezüge wurden in die Kommunalsteuerbemessungsgrundlage einbezogen. **Provisionszahlungen**, die den Geschäftsführern - zusätzlich zu den Geschäftsführungsvergütungen - für die Vermittlung von Versicherungsverträgen und von Finanzprodukten ausbezahlt wurden, wurden hingegen **nicht** der **Kommunalsteuer unterworfen**.

Laut belangter Behörde stünden die von der GmbH an die **Gesellschafter-Geschäftsführer** ausbezahlten **Provisionen** und Folgeprovisionen jedoch in **enger Verbindung mit** deren **Dienstverhältnis** (der Geschäftsführtätigkeit), und seien daher (ebenfalls) der **Kommunalsteuer** zu unterwerfen.

Art der Tätigkeit irrelevant

In seinem Erkenntnis VwGH 26. 11. 2003, 2001/13/0219, hat der VwGH zum Ausdruck gebracht, dass § 41 Abs 2 FLAG und § 22 Z 2 Teilstrich 2 EStG **nicht** auf die **Art der Tätigkeit** des an der Kapitalgesellschaft wesentlich Beteiligten abstellen; dass der im (damaligen) Beschwerdefall betroffene Alleingesellschafter nicht nur Aufgaben der (handelsrechtlichen) Geschäftsführung wahrgenommen, sondern **auch Tätigkeiten im operativen Bereich** der GmbH ausgeübt hat, die (dort) "fachlich einer Tätigkeit eines Wirtschaftsprüfers entsprechen", stehe daher einer Übernahme der in der Judikatur zu § 22 Z 2 Teilstrich 2 EStG erarbeiteten Grundsätze nicht entgegen. Auch nach dem Erkenntnis VwGH 23. 5. 2007, 2004/13/0073, ARD 5803/10/2007, steht es einer Beurteilung der Einkünfte als solche nach § 22 Abs 2 Teilstrich 2 EStG nicht entgegen, wenn die Art der Tätigkeit, würde sie **nicht der Gesellschaft erbracht** werden, sonst eine **andere Qualifikation** der daraus erzielten Einkünfte, etwa solcher nach § 22 Z 1 EStG, geböte (dort:

Rechtsanwalt als Geschäftsführer einer Holding-GmbH).

Im Beschwerdefall gilt das in **gleicher Weise** in Bezug auf die von den **Gesellschafter-Geschäftsführern** ausgeübten **Vermittlungstätigkeiten**, die nach den Behauptungen der beschwerdeführenden GmbH nicht im Rahmen von Dienstverhältnissen ausgeübt würden.

Eingliederung in den betrieblichen Organismus

Hinsichtlich der oben angesprochenen Grundsätze ist darauf hinzuweisen, dass der VwGH in Abkehr von seiner früheren Rechtsprechung im Erkenntnis VwGH 10. 11. 2004, 2003/13/0018, ARD 5553/12/2004, durch einen verstärkten Senat ausgesprochen hat, dass bei der Frage, ob Einkünfte nach § 22 Z 2 Teilstrich 2 EStG erzielt werden, **entscheidende Bedeutung** dem Umstand zukommt, ob der Geschäftsführer bei seiner Tätigkeit in den **betrieblichen Organismus** des Unternehmens der Gesellschaft **eingegliedert** ist. Weiteren Elementen, wie etwa dem Fehlen eines Unternehmerrisikos oder einer als "laufend" zu erkennenden Lohnzahlung, kann nur in solchen Fällen Bedeutung zukommen, in denen die Eingliederung des für die Gesellschaft tätigen Gesellschafters in den Organismus des Betriebes nicht klar zu erkennen wäre. Von einer solchen fehlenden Eingliederung sei aber nach dem in ständiger Judikatur entwickelten Verständnis zu diesem Tatbestandsmerkmal in aller Regel nicht auszugehen.

Die nach dieser Rechtsprechung entscheidende Eingliederung in den geschäftlichen Organismus der Gesellschaft wird durch **jede nach außen hin als auf Dauer angelegt erkennbare Tätigkeit** hergestellt, mit welcher der Unternehmenszweck der Gesellschaft verwirklicht wird.

In der Beschwerde wird nicht bestritten, dass die **Gesellschafter-Geschäftsführer** kontinuierlich über einen längeren Zeitraum die Aufgaben der Geschäftsführung wahrgenommen haben. Dadurch ist für sie iSd zitierten Erkenntnisses das Merkmal der **Eingliederung** in den betrieblichen Organismus der beschwerdeführenden Gesellschaft **zweifelsfrei gegeben**. (Beschwerde abgewiesen)

Vermittlungsprovision, Provision